

Familie – zwischen „Kulturkampf“ und Systemzwang

Bernhard Laux

„Bei schweren Ausschreitungen nach einer Großdemonstration [...] sind in Paris 293 Menschen festgenommen worden. 36 Menschen sind leicht verletzt worden.“¹ Straßenschlachten wie einst im Mai. Doch der Mai 2013 hat ein anderes Thema: Es geht um die Ehe, genauer: gegen die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Das Ringen um die Idee der Ehe, um ihre kulturelle Deutung setzt unerwartet explosive Energien frei: Was Ehe ist und sein soll, wird zum intensiv und kontrovers diskutierten Thema von Gesellschaft und Politik in Frankreich.

„Gesetzentwurf für Betreuungsgeld: Kabinett beschließt Herdprämie.“² Zwar weniger handgreiflich, aber kaum weniger verletzend ging es in der deutschen Öffentlichkeit zur Sache, als die schwarz-gelbe Bundesregierung 2012/2013 das Betreuungsgeld auf den Weg brachte: eine Schwundform des bereits auf der documenta 1972 von Joseph Beuys geforderten Hausfrauenlohns (natürlich auch für Männer offen), der das kapitalistische Arbeits- und Leistungsverständnis aufbrechen sollte: „Wir machen nur an Hand dieses Problems vieles vom System klar. Und also wird die Diskussion sich beziehen auf den ganzen Zusammenhang des sozialen Organismus. Der wird da einmal klar.“³ Obwohl die CSU als treibende Kraft für die Einführung des Elterngeldes wahrscheinlich weder von Beuys inspiriert ist, noch dessen ökonomiekritische Intention teilt: Hier wird die ökonomische Struktur tangiert – weit über das Kleingeld der 100/150,- Euro des Betreuungsgeldes hinaus.

Die Auseinandersetzung um das Betreuungsgeld hat – anders als die primär auf die Ideenebene bezogene Debatte um die Ehe – eine kulturelle und sozialstrukturelle Komponente zugleich: Es geht um die *kulturelle* Interpretation der Frauen- und Mutterrolle und um ihre Ausgestaltung im Kontext familialer und beruflicher Bezüge; dabei zugleich um die *sozialstrukturelle* Frage des Verhältnisses von Ökonomie und Familie (und Bildungssystem).

Die These dieses Beitrags ist, dass „der Streit um Ehe und Familie“, von dem der Untertitel des Bandes spricht, zwei verschiedene Dimensionen betrifft: Kultur (die Ideenebene der Gesellschaft) und Sozialstruktur (die Ordnungsebene der Gesellschaft). Erstaunlicherweise werden die kulturellen Debatten mit großer Leidenschaft – und Verletzungsbereitschaft – geführt, während die Strukturveränderungen und damit verbunden auch die Interessenkämpfe weniger Aufmerksamkeit finden, obwohl sie für die Zukunft von Ehe und Familie möglicherweise erheblich folgenreicher sein werden. Die nachfolgenden Ausführungen konzentrieren sich deswegen auf Letztere.

1. Familie und Ökonomie

Erwerbsarbeit und Familienbeziehungen, Geld und Liebe müssen irgendwie vereinbart werden. Das ist eine alltagspraktische Aufgabe von Familien, die a) in der Wirtschaft ihr Einkommen erzielen müssen und b) von dort ihren Güter- und Dienstleistungsbedarf decken. Wenn es nur um Austauschprozesse an einer ansonsten geschlossenen Grenze ginge, wäre die Angelegenheit einfach; aber die Handlungsbereiche verschränken sich, es kommt Ökonomie in die Familie und Familie in die Ökonomie. Theoretisch geht es um die Frage, wie die Spannung von *Liebe* und *Äquivalententausch* bewahrt werden kann, wie die Anders-

heit des familialen Lebensbereichs und die Einbindung in andere Gesellschaftsbereiche zugleich möglich sind.⁴

Dem Verhältnis von Ökonomie und Familie kann man unter verschiedenen Gesichtspunkten nachgehen. Hinsichtlich der Wirtschaft kann man den Blick auf das eine oder das andere Ende des Systems richten: auf die Produktions- oder auf die Konsumseite, die beide mit unterschiedlichen Logiken in die Familie hineinreichen.⁵ In der Familie kann man die Paarbeziehung oder die Eltern-Kind-Dimension – wobei hier der Fokus zum einen mehr auf das Kind, zum anderen mehr auf die Eltern gerichtet sein kann – betrachten. Nachfolgend wird vor allem auf die Erwerbsseite abgehoben und in der Eltern-Kind-Beziehung die Beanspruchung sowohl der Eltern als auch der Kinder betrachtet.⁶

Mit dem Alterungsprozess der Gesellschaft und der geringeren Größe der nachwachsenden Generation stellen sich die Fragen, wem die Eltern und wem die Kinder gehören, neu und mit verschobenen Fronten.

2. Inanspruchnahme der Eltern

Traditionelles Familien- und Rollenverständnis hat diese Frage im Blick auf die Eltern klar beantwortet: Der Vater gehört der Wirtschaft, die Mutter der Familie. Diese Antwort, die eine spezifische Lösung des familialen Doppelproblems der gleichzeitigen Sicherung der Autonomie der Familie und deren Einbindung in den gesellschaftlichen Zusammenhang darstellt, ist schon aus der Innenperspektive der Familien – von ihren Lebenskonzepten und Geschlechterverständnissen her – überholt. Sie wird aber auch von der Wirtschaft und von wirtschaftsorientierten Politikkonzepten dezidiert nicht mehr gewollt.

Dabei spielt die demographische Veränderung eine wesentliche Rolle. Die Jahrgänge im erwerbsfähigen Alter wer-

Familie braucht jedoch nicht nur Geld, sondern auch Zeit. Zeit aber ist in unserer Zeit vielleicht noch knapper als Geld. Und sie ist weniger flexibel. Während die Zeit für Liebe und Partnerschaft vielleicht noch Disposition und Aufschub verträgt, kommt es bei Kindern häufig darauf an, dass man *jetzt* für sie da ist. Wenn Menschen wesentlich deshalb Kinder bekommen, weil sie mit Kindern leben wollen, dann muss man davon ausgehen, dass sie dafür Zeit haben wollen. Und das zeigt sich in der Tat auch empirisch. Sosehr der durch die Umstände oft erzwungene Ausschluss der Mütter aus der Erwerbstätigkeit von einer deutlichen Mehrheit der Mütter in Deutschland abgelehnt wird, so wenig wird das Doppelvollzeit-Modell angestrebt.

„Die abhängig beschäftigten Eltern wünschen sich mehrheitlich kürzere Arbeitszeiten als sie gegenwärtig haben. Nur 21 % aller Mütter und Väter sind mit ihrer gegebenen Arbeitszeitdauer zufrieden [...]. Insgesamt würden drei Viertel der Väter (75 %) und über die Hälfte der Mütter (53 %) eine Reduzierung ihrer tatsächlichen Arbeitszeiten bevorzugen.“⁸ Die *gewünschten* Arbeitszeiten von Vätern und Müttern liegen dabei sehr viel näher beieinander als die *faktischen* Arbeitszeiten, die eine deutliche Geschlechterdifferenz haben, und sie liegen deutlich unter der 40-Stunden-Woche.⁹ „Diese Ergebnisse belegen, dass ein Teil der deutschen Mütter und Väter – nach ihren Arbeitszeitwünschen zu urteilen – entschieden zu wenig Zeit hat. Was das für das Familienleben, die Entwicklung der Kinder, die Gesundheit und das Wohlbefinden und letztlich auch für das Leistungsvermögen der Eltern bedeutet, ist für Deutschland kaum erforscht.“¹⁰

Es zeichnet sich das Ideal einer reduzierten Arbeitszeit von Müttern *und* Vätern ab, das als das gegenwärtig avancierteste Modell bezeichnet werden kann. Auch dies mag verdeutlichen, dass das Modell der doppelten Vollzeiter-

werbstätigkeit von Eltern nur die Antithese zum Modell der traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, aber noch nicht die Synthese darstellt.

Die hohe Bedeutung der Zeit ist sicherlich keine neue familienpolitische Erkenntnis und rückte in den beiden letzten Familienberichten¹¹ explizit in den Mittelpunkt. Bei manchen positiven Anregungen im Detail unterstellt der wirtschaftsorientierte Achte Familienbericht von 2011 aber doch implizit, dass der Zeitbedarf von Familien für ihre Belange unter gesellschaftlich-ökonomischer Perspektive zu hoch ist und verringert werden soll: „Zu erwägen ist daher eine Verkürzung der Elternzeit auf zwei Jahre. Auch könnte sie in einem Stufenmodell strukturiert werden, nach dem nur im ersten Jahr ein voller Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit möglich wäre, danach aber die Möglichkeit der Elternzeit nur noch bei parallel ausgeübter Erwerbstätigkeit eingeräumt werden könnte.“¹² Der über die Elternzeit hinausgehende Rest des Zeitbedarfs – sofern rechtfertigungsfähig – soll *unter Berücksichtigung der betrieblichen Belange* durch gesteigerte Zeitflexibilität in der Arbeitswelt gedeckt werden können.

Wir sehen gegenwärtig deutlich den Umstieg in ein neues Modell des Verhältnisses von Familie und Erwerbsarbeit. Die Spuren und Nachwirkungen des alten, von einem Haupt- oder Alleinverdiener ausgehenden Konzepts zeigen sich in einem bislang noch gering ausgebauten Betreuungssystem für Kinder unter drei Jahren – aber auch im Schulalter –, das derzeit jedoch massiv entwickelt wird, sowie in einem im internationalen Vergleich immer noch hohen Anteil an Familien, bei denen ein Partner nicht oder nur geringfügig erwerbstätig ist.¹³ Dies entspricht aber schon seit längerem sehr deutlich nicht mehr den Wünschen der Mütter und der Familien.¹⁴ Dieses Modell war allerdings nicht nur eine Idee, sondern hatte strukturelle Konsequenzen in

den sozialen Sicherungssystemen, in der Steuerpolitik, im Betreuungs- und Bildungssystem etc. und dementsprechend eine Steuerungswirkung; sich ihm zu entziehen, erforderte Aufwand.

Ein Wandel der Familienpolitik ist insofern notwendig. Es zeichnet sich allerdings die Gefahr ab, dass in der Veränderung der alte Fehler auf andere Weise wiederholt wird: nur ein anderes Modell zu vertreten und strukturell zu verankern, statt Autonomie und Wahlfreiheit zu stärken. Indem die Förderkonzepte auf zwei (Voll-)Erwerbstätige ausgerichtet werden, neue Förderinstrumente als Lohnersatzleistungen konzipiert und weitere Finanzmittel vorrangig in den Aufbau außerfamiliärer Kinderbetreuung und -bildung investiert werden, wird ein bestimmtes Familienleitbild entwickelt und in Förderstrukturen gegossen. Zwei Gesichtspunkte bedürfen der Aufmerksamkeit:

Erstens ist es wichtig, den Gedanken der Autonomie der Familie stark zu machen. Zur Idee der Familie gehört die Vorstellung, dass Familien selber über die Weise, in der sie ihr Familienleben gestalten, bestimmen. Das Grundgesetz bestätigt dies in Art. 6 explizit und auch die Kirche hat diese Leitidee im Verhältnis von Familie und Staat – aber nicht immer in ihren eigenen Familienbezügen – hochgehalten. Natürlich ist diese Autonomie der Familie eine beschränkte, da sich Familien im Kontext der gesellschaftlichen Bedingungen bewegen müssen. Es käme aber darauf an, dass wenigstens die Politik Familien ihren Handlungsspielraum lässt und erweitert, indem sie ihren Maßnahmen gerade nicht ein bestimmtes Familienmodell strukturell zugrunde legt, das damit in einer gewissen Weise erzwungen wird.

Zweitens ist das neue Modell durchaus ambivalent und deckt sich, wenn man ihre Arbeitszeitwünsche ernst nimmt, nicht mit den Vorstellungen der Eltern. Es fördert die gewünschte Beteiligung beider Eltern am wirtschaftli-

chen Leben und unterstützt darin zugleich den zunehmenden Zugriff der Wirtschaft auf die Ressourcen der Familie, die die Familie auch für sich selber braucht. Es sichert die gesellschaftliche Einbindung der Familie, schwächt aber ihre – identitätsstiftende – Autonomie und Andersheit. Wenn man so will: Es ist ein Element in der „Kolonialisierung der Lebenswelt durch Systemimperative“, hier der Lebenswelt Familie durch Wirtschaftsimperative.

3. Inanspruchnahme der Kinder

Der Geburtenrückgang seit den Siebzigerjahren ist zwar auch auf den Rückgang der großen, kinderreichen Familien, wesentlich jedoch auf eine zunehmende Anzahl kinderloser Menschen zurückzuführen. Menschen mit Kindern werden weniger, der Anteil der Menschen ohne Kinder steigt. Das gesplante Fertilitätsverhalten führt zur Unterscheidung und teilweise zur „Entmischung“ eines Familien- und eines Nicht-Familiensektors, der sich bis in Siedlungsstrukturen hinein („Familiengürtel“ von Städten) zeigen kann. Da Kinder eine wichtige Ressource sind, deren Bedeutung mit dem demographischen Wandel zunimmt, entbrennt – neben einem Ringen um die Eltern – auch ein Kampf um die Kinder: Wem kommt ihr „Nutzen“ zu und – in Verbindung damit – wer trägt die Kosten?

Die Gesellschaft ist auf die Leistungen und den Nutzen der nachwachsenden Generationen, die zahlenmäßig immer schwächer werden, in hohem Maße angewiesen und muss ihn zu maximieren suchen. Wenn man bedenkt, dass die Kinderkosten weiterhin überwiegend von den Eltern aufzubringen sind, der ökonomische Kindernutzen jedoch allen Mitgliedern der Gesellschaft zur Verfügung steht, ist dies mit einem erheblichen und wachsenden Transfer vom sich verkleinernden Familiensektor in den zunehmenden

Nicht-Familiensektor verbunden. Das wirft Gerechtigkeitsfragen auf.

Gesellschaftstheoretisch und sozialpolitisch ist es dabei kein gangbarer Weg, Kindernutzen auf die Eltern zu konzentrieren – auf sie beschränken lässt er sich sowieso nicht. Dies würde eine Rückkehr zu einer familienzentrierten Lebens- und Produktionsweise bedeuten, die unmöglich ist. Vielmehr kann das Ungleichgewicht dadurch verringert werden, dass sich die Gesellschaft insgesamt stärker an den Kinderkosten beteiligt. Neben der Beteiligung an den Leistungen und Lasten der Familie investiert die Gesellschaft auch direkt in die Förderung des „Humankapitals“ der nachwachsenden Generation. Unter dieser Perspektive sind die Aufwendungen insbesondere für das öffentliche Betreuungs- und Bildungssystem zwar keine familienpolitischen Leistungen, aber doch Leistungen für Kinder. Da sich Kinderlose über die Steuern mit einem nicht unerheblichen Anteil an der Bildung und Ausbildung einer neuen Generation beteiligen, fließen ihnen zu Recht auch Nutzenströme zu.

Die Frage, wem die Kinder gehören, ist allerdings nicht primär eine ökonomische Frage, vielmehr steht dahinter auch das Problem, wem im Blick auf Sozialisation und Bildungsgang der Kinder Einflussnahme und Entscheidungskompetenz zustehen. Die Elternrechte stehen neu zur Debatte. Angesichts geringer Kinderzahlen kommt es zunehmend darauf an, den Nutzen der weniger werdenden Kinder zu steigern. Zwar nicht nur wegen des Geburtenrückgangs, sondern auch aufgrund der Herausforderungen einer immer komplexeren Welt müssen Kinder einen umfangreichen Bildungsprozess durchlaufen, um in der modernen Gesellschaft handlungsfähig und in der Folge auch nutzenstiftend zu sein. Kinder können nicht einfach nur „aufwachsen“, Kindheit erleben und „den Eltern Freude bereiten“. Kinder haben eine Aufgabe zu erfüllen.

Diese Entwicklung führt in undurchsichtige Gemengelagen. Jedenfalls gibt es gegenwärtig Tendenzen, den Einfluss der Eltern auf den Erziehungs- und Bildungsprozess der Kinder zu begrenzen. Dafür gibt es einerseits gute Argumente: Unter sozialetischen Gesichtspunkten scheint es legitim, dafür zu sorgen, dass die Entwicklungsmöglichkeiten eines Kindes nicht von seiner Herkunft abhängig sind, und die auch und gerade in Deutschland erhebliche Vererbung sozialer Positionen zu unterbrechen, zumindest zu verringern. Dafür ist eine frühe außerfamiliale Förderung von Kindern, insbesondere aus benachteiligten Verhältnissen, die elterliche Erziehung ergänzt und damit in einem gewissen Sinn auch begrenzt, erforderlich.

Andererseits werden die Erziehungs- und Bildungsleistungen der Familien tendenziell mit Misstrauen betrachtet (und in ihrer Bedeutung und Unhintergebarkeit unterschätzt). Außerdem sind die früh einsetzenden Zugriffe außerfamilialer Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsinstanzen auf Kinder nicht nur dem Interesse an der Entwicklung des Einzelnen geschuldet, sondern dienen auch der Ausrichtung des Sozialisationsprozesses an den Interessen der Gesamtgesellschaft im Sinne einer optimalen Ausschöpfung des Humankapitals.¹⁵ Die Autonomie der Familie in der Gestaltung ihres inneren Handlungszusammenhangs, ihrer Lebensweise und ihrer Sinnausrichtung wird zunehmend infrage gestellt. Pflege und Erziehung der Kinder, die nach Art. 6 (2) des Grundgesetzes „das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“ sind, werden ihnen tendenziell entzogen.

Wo das Leben in Familie immer stärker von außen strukturiert wird – auf der einen Seite von der Wirtschaft im Hinblick auf Arbeit und Einkommen und auf der anderen Seite von den Schul- und Bildungsinstanzen –, da wird Familienleben nicht nur anstrengend und aufwendig, sondern es ver-

liert auch einen Teil seiner intrinsischen Belohnungen. Die Lust des Lebens mit Kindern wird für die Eltern insbesondere durch das Bildungssystem (mit seinem immanenten, aber wenig bildungsgemäßen Selektionsdruck) gemindert. Aus der Perspektive von Kindern heißt das, dass sie immer früher in die Pflicht genommen werden und ihre Zeitverwendung auf späteren gesellschaftlichen Nutzen hin funktionalisiert wird. Wenn dieser gesellschaftlich wohl kaum umkehrbare Prozess nicht in einer Weise gestaltet wird, der die Neugier und Lernbereitschaft der Kinder aufnimmt und ihren Bedürfnissen entspricht, dann wird Kindheit zunehmend entschwinden. Und wenn der Ausbau des Bildungssystems nicht in enger Verbindung mit den Familien und in Rücksicht auf familiäre Lebensprozesse geschieht, dann wird das Bildungssystem zu einem Belastungsfaktor für das Familienleben und zur größten Einschränkung der Autonomie von Familien. Das kann, wenn es sich „herumspricht“, die Entscheidung zu Kindern durchaus beeinträchtigen.

Dieses Spannungsfeld von maximaler Förderung des Kindes im Interesse der Nutzenerhöhung und Ressourcenaus-schöpfung einerseits sowie unbeschwerter Kindheit, nicht funktionalisierter Entwicklungsförderung und familialer Autonomie andererseits ist wohl nicht grundsätzlich auflös-bar, kann aber durch eine kind- und familienorientierte Ge-staltung entschärft werden. Innovative pädagogische Kon-zepte haben hier eine wichtige Aufgabe.

4. „Recht der Freiheit“ gegenüber kulturellen Normalitätsvorgaben und ökonomischen Zwängen

Die deutliche Nachordnung der Familien gegenüber Wirt-schaftsbelangen, der Vorrang der Verfügbarkeit von Eltern für die Erwerbsarbeit und die Funktionalisierung von Kin-dern und Kindheit für frühe Bildungsprozesse zur Human-

kapitalentfaltung lässt dem Eigensinn von Familien wenig Raum und bewertet ihn als gesellschaftlich wenig bedeutsam. Häufig wird in Verbindung damit auch ein deutliches Misstrauen gegenüber ihrer Erziehungsleistung transportiert, das Krippen zur Kompensation der defizitären Erziehungs- und Bildungsleistungen der Eltern von Anfang an für erforderlich hält.¹⁶ Gelegentlich finden sich in den öffentlichen Debatten (besonders sichtbar beim Betreuungsgeld, aber auch beim Kindergeld) auch pauschalisierende Zweifel, dass Familien mit monetären Unterstützungsleistungen verantwortlich hinsichtlich der Bedürfnisse der Kinder wie hinsichtlich der partnerschaftlichen Ausgestaltung von Erwerbs- und Familienarbeit umgehen können.

Die Fronten sind mittlerweile sehr unübersichtlich geworden. Die Unterscheidung von „lechts und links“ (Jandl) wird schwierig. Erstaunlich ist, wie bezüglich der Familie massive Tendenzen der ökonomischen, der politisch-administrativen und der (sozial-)pädagogischen „Kolonialisierung der Lebenswelt durch Systemimperative“ (Habermas) auch von linken Positionen hingenommen werden in der Hoffnung auf Emanzipationsgewinne und mehr Chancengerechtigkeit. Erstaunlich ist umgekehrt, wie wenig von konservativer – weil eher neo-liberaler? – Seite die Autonomie und Eigenlogik der Familie verteidigt und wie sehr die Ausrichtung der Familie an Interessen der Ökonomie unterstützt wird.

Nötig wäre eine Verteidigung des Raums der familialen Generationen- und Geschlechterbeziehungen mit ihrer spezifischen Handlungslogik gegen allzu ungebremste und ungenierte Anpassungserwartungen an die Logik der Ökonomie oder auch des Bildungssystems. Die Legitimation für eine solche – familienzugewandte und von ökonomischen Zwängen ein wenig entlastete – Lebensweise wird heute vor allem mit genderpolitischen und ökonomischen Ar-

gumenten infrage gestellt: Jedoch ist sie im Blick auf die Geschlechter erstens idealerweise nicht asymmetrisch;¹⁷ zweitens wird man die Klärung ihres Verhältnisses den Geschlechtern in der Familie selbst zutrauen müssen. Der ökonomische Einwand, dass ein solcher, ökonomischen Zwängen sich teilweise entziehender Lebensstil nicht finanzierbar sei, ist primär unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten zu diskutieren: Verlangen Familien damit Ungebührliches?

Angesichts der enormen Nutzenströme, die von den Familien zur Gesellschaft hin fließen, und des erheblichen „Leistungsbilanzüberschusses“ der Familien, der sich bei allen Versuchen, diesen Nutzenstrom monetär (etwa unter dem Stichwort „Humankapital“) zu bilanzieren zeigt, sind Leistungen zugunsten der Familien gut begründbar. Sehr intensiv und detailliert werden diese Fragen hinsichtlich der unzureichenden Berücksichtigung von Familienleistungen in der Alterssicherung diskutiert.¹⁸ Ein Ausgleich erst in der Rentenversicherung (der auch dort nur marginal stattfindet) erkennt Leistungen und Kosten erst mit großer zeitlicher Versetzung an und überwindet nur einen Teil der ungerechten Belastungen von Familien und ihren Kindern. Um die Benachteiligung von Familien und ihrer Kinder bei den Einkommen zu verringern und insbesondere die erhöhte Kinder- und Familienarmut zu vermeiden, ist auch eine deutlich höhere gesellschaftliche Beteiligung an den monetären Aufwendungen und Opportunitätskosten für Kinder, die bei Familien anfallen, erforderlich. Sie ist um eine Verbesserung der Infrastruktur für Familien zu ergänzen. Familien zur Vermeidung von Nachteilen jedoch *nur* auf die Möglichkeit der vollen Erwerbsbeteiligung, neben der Familienarbeit, zu verweisen und dafür die Rahmenbedingungen – leidlich – zu schaffen, ist nicht die ganze Gerechtigkeit. Familien bringen mehr ein, auch ökonomisch, und dürfen mehr Entlastung und Unterstützung erwar-

ten. Mehr Gerechtigkeit würde ihre Handlungsspielräume – sprich ihre Freiheit – deutlich erweitern.

Diese Freiräume verdient Familie wegen der Lebensmöglichkeiten und Freiheitspotentiale, die sie ihren Mitgliedern eröffnet und wegen der Leistungen, die sie für die Gesellschaft erbringt. Dazu bedarf es nicht nur mehr finanzieller Mittel, sondern auch eines größeren Vertrauens in die Familie. Sie muss sich hinsichtlich der in ihr realisierten „Sittlichkeit“ sowie den in ihr vorhandenen Freiheitspotentialen und Verwirklichungschancen weder vor der Wirtschaft noch vor der Politik verstecken.¹⁹ Sie muss vor allem auch nicht vor sich selber geschützt werden, sondern soll gerade ihren Eigensinn entfalten können.

Anmerkungen

- ¹ FAZ.net, Randalen bei Massendemo gegen „Ehe für alle“ in Paris (27.05.2013), <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/rund-300-festnahmen-randale-bei-massendemo-gegen-ehe-fuer-alle-in-paris-12196361.html> [zuletzt aufgerufen: 25.06.2014].
- ² Spiegel-online, Gesetzentwurf für Betreuungsgeld: Kabinett beschließt Herdprämie (06.06.2012), <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/herdpraemie-kabinett-beschliesst-betreuungsgeld-a-837227.html> [zuletzt aufgerufen: 25.06.2014].
- ³ J. Beuys, Jeder Mensch ein Künstler. Gespräche auf der documenta 5/1972, aufgezeichnet von Clara Bodenmann-Ritter, Frankfurt a. M. 1975, 43.
- ⁴ Vgl. A. Leupolt, Liebe und Partnerschaft. Formen der Kodierung von Ehen, in: Zeitschrift für Soziologie 12 (1983), 297–327; C. Koppetsch, Die Pflicht zur Liebe und das Geschenk der Partnerschaft. Paradoxien in der Praxis von Paarbeziehungen, in: J. Huinink u. a. (Hrsg.), Solidarität in Partnerschaft und Familie, Würzburg 2001 sowie oben im vorliegenden Band; E. Illouz, Der Konsum der Romantik. Liebe und die kulturellen Widersprüche des Kapitalismus, Frankfurt a. M. 2007.
- ⁵ Produktions- und Konsumseite der Wirtschaft stehen auch schon in sich in einem Spannungsverhältnis; vgl. D. Bell, Die kulturellen Widersprüche des Kapitalismus, Frankfurt a. M. 1991.
- ⁶ Die Linien einer kritischen Reflexion des Verhältnisses von Wirtschaft und Familie mit der Diagnose einer Deformation von Liebesbeziehungen durch kalkulierende Vernunft, durch Angleichung an

Tauschprozesse und Aufladung mit Konsum sind lang und verkörpern auch unterschiedliche Theoriestränge (Marxismus, kritische Theorie, Psychoanalyse, Kommunitarismus, postmoderne Ansätze). Theoretisch am weitreichendsten verankert ist derzeit wohl Habermas' These von der Kolonialisierung der Lebenswelt durch Systemimperative. Äußere Anpassungszwänge der Familie an die Erfordernisse der Wirtschaft und innere Angleichungsprozesse an die Handlungsorientierungen des homo oeconomicus sind Konkretisierungen dieser These im Blick auf das Verhältnis des Systems Wirtschaft zur Lebenswelt Familie. Vgl. *J. Habermas*, *Theorie des kommunikativen Handelns*, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1981, bes. 470–488.

⁷ Vgl. *W. Eichhorst u. a.*, *Aktivierung von Fachkräftepotenzialen: Frauen und Mütter*, IZA Research Report No. 39 (Kurzexpertise im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales), Bonn 2011, http://www.iza.org/en/webcontent/publications/reports/report_pdfs/iza_report_39.pdf [zuletzt aufgerufen: 25.06.2014].

⁸ *Chr. Klenner/S. Pfahl*, *Jenseits von Zeitnot und Karriereverzicht – Wege aus dem Arbeitszeitdilemma. Arbeitszeiten von Müttern, Vätern und Pflegenden*, hrsg. vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2008 (WSI-Diskussionspapier Nr. 158), <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-219228,23> [zuletzt aufgerufen: 25.06.2014]; vgl. *P. Beckmann*, *Zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Tatsächliche und gewünschte Arbeitszeitmodelle von Frauen mit Kindern liegen immer noch weit auseinander*, IAB-Werkstattbericht Nr. 12/2002, Nürnberg 2002, bes. 5. Einen Überblick bietet *W. Cornelißen* (Hrsg.), *1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*, München 2005 (2. Fassung), bes. 311–315.

⁹ Die Idee einer „Familienarbeitszeit“ von 32 Stunden, die Bundesfamilienministerin Schwesig in die Debatte geworfen hat, weist insofern in die richtige Richtung.

¹⁰ Ebd., 26.

¹¹ *BMFSFJ*, *Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik*. Siebter Familienbericht, Berlin 2006; *BMFSFJ*, *Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik*. Achter Familienbericht, Berlin 2011.

¹² *BMFSFJ*, *Zeit für Familie* (s. Anm. 11), 126.

¹³ Vgl. *OECD*, *OECD Family Database*, Paris 2014, LMF1.1: *Children in families by employment status*, http://www.oecd.org/els/soc/SF1_1_Family_size_and_composition_Jan2013.pdf [zuletzt aufgerufen: 25.06.2014].

¹⁴ Zum Vergleich von gewünschten und realisierten Arbeitszeitmustern im internationalen Vergleich – mit allerdings schon älteren

Daten – vgl. *OECD*, OECD Employment Outlook 2001, Paris 2001, 136 sowie insgesamt 129–166, online unter <http://www.oecd.org/dataoecd/11/12/2079435.pdf> [zuletzt aufgerufen: 25.06.2014].

- ¹⁵ Zum Verhältnis von Familie, Bildung und Schule (und auch Wirtschaft) vgl. *M. Richter*, Familien und Bildung, in: K. Böllert (Hrsg.), Von der Delegation zur Kooperation. Bildung in Familie, Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Wiesbaden 2008, 33–46.
- ¹⁶ Zu Defizit- und Kompensationsvorstellungen und deren Problematik vgl. *H. Bertram/B. Bertram*, Familie, Sozialisation und die Zukunft der Kinder, Opladen 2009, 11–13, 165–192.
- ¹⁷ Und selbst wenn die Realität teilweise anders aussehen sollte, ist es deswegen noch keine gute Lösung, Symmetrie durch beidseitige Vollökonomisierung der Lebensweisen, d.h. durch Angleichung beider Geschlechter an den traditionell männlichen Lebensentwurf, herstellen zu wollen. Nicht nur der traditionale, sondern auch der „kalt-moderne“ Typus der Sicherung von Fürsorge ist problematisch; vgl. *A. Hochschild*, The Culture of Politics. Traditional, Post-modern, Cold-modern, and Warm-modern Ideals of Care, in: *Social Politics* 2 (1995), 331–346.
- ¹⁸ Vgl. *M. Werding*, Rente nach Kinderzahl. Argumente zugunsten einer unpopulären Idee, in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 52 (2003), 204–214.
- ¹⁹ Vgl. *A. Honneth*, Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit, Frankfurt a.M. 2011, 277–317.

Leitbild am Ende?

Der Streit um Ehe und Familie

Herausgegeben von Konrad Hilpert und Bernhard Laux

HERDER 

FREIBURG · BASEL · WIEN

Inhalt

Hintergründe und Anlässe	9
<i>Konrad Hilpert/Bernhard Laux</i>	

Grundlegendes

Liebe und Ökonomie. Paradoxien in Familie und Paarbeziehung	21
<i>Cornelia Koppetsch</i>	

Familie – zwischen „Kulturkampf“ und Systemzwang	43
<i>Bernhard Laux</i>	

Ehe und Familie im Zeugnis des Neuen Testaments	59
<i>Gerd Häfner</i>	

Sakramentalität der Ehe – Was heißt das?	73
<i>Ralf Miggelbrink</i>	

Gott, die Liebe und die Kirche	87
<i>Markus Knapp</i>	

Die Lebensform Familie als „Leitbild“ für Ehe und Partnerschaft	103
<i>Reiner Anselm/Peter Dabrock</i>	

Das Recht der Paarbeziehung. Lebensgemeinschaften in staatlich-rechtlicher Perspektive – unter Berücksichtigung des Verhältnisses von staatlicher und kirchlicher Ehekonzeption	117
<i>Judith Hahn</i>	
Das moralische Gebäude der Kirche – „ein Kartenhaus“? Tendenzen der Idealisierung, Ontologisierung und restriktiven Normierung in den lehramtlichen Weisungen zu Ehe und Familie	131
<i>Marianne Heimbach-Steins</i>	
Aktuelle Herausforderungen	
Nichteheliche Partnerschaften und Ehe – Oder: Kann man Lebensformen bewerten?	149
<i>Bernhard Laux</i>	
Nach Scheidung Wiederverheiratete	167
<i>Sigrid Müller</i>	
Beziehungen enden. Was Gott getrennt hat, daran muss sich der Mensch nicht ketten.	183
<i>Hans-Joachim Sander</i>	
Ehe für alle?	209
<i>Konrad Hilpert</i>	
Das nicht festgestellte Verhältnis. Theologische Erwägungen zur Ethik des Geschlechterverhältnisses	227
<i>Stephan Goertz</i>	

Verantwortete Elternschaft. Bedeutungswandel eines theologisch-ethischen Topos	245
<i>Konrad Hilpert</i>	
Unausgeschöpfte Ressourcen	
Ehe-, Familien- und Lebensberatung als kirchliches Handlungsfeld	267
<i>Jochen Sautermeister</i>	
Familien als Gottesberührung	281
<i>Albert Biesinger</i>	
Glaubensgemeinschaft als Ressource für Paare und Familien	293
<i>Bernhard Fresacher</i>	
Autorenverzeichnis	309